

WORTE AUS DEM LANDESVORSTAND

Doppelte Power im HPR

Hauptpersonalrat für die Behörden, Gerichte und nichtrechtsfähigen Anstalten des Landes Berlin. Allein schon der volle Name macht deutlich, dass sich hinter dem Kürzel HPR einiges mehr befindet, genau genommen der ganze Gemischtwarenladen der Landesverwaltung. Als dieser kommt man sich zumindest vor, wenn politische Entscheidungen getroffen und die Folgen für uns Beschäftigte vorab nicht so ganz beachtet wurden. Das wollen wir ändern, als Doppelgestirn in der Freistellung des HPR für rund 125.000 Kolleginnen und Kollegen.

**Christian Hanisch und Enrico Strencioch**

Grundsätzlich ist der Finanzsenator, der auch als Berlins „Personalsenator“ fungiert, unser Ansprechpartner. Weil das nicht immer so war und früher Berlins Innensenator das Personal unserer schönen Stadt verwaltet hat, sitzt der Hauptpersonalrat aber bei eben diesem in der Klosterstraße 47 in Mitte. Unser Dienstgebäude könnte als repräsentativer Altbau in bester Lage bezeichnet werden, mit hohen geräumigen Büros und breiten Fluren und Sälen. Die Ausstattung spiegelt natürlich den normalen Behördenstandard wider und lässt keinen Platz für Neid. Nein, auch die vergoldeten Türklinken haben wir noch nicht gesehen.

Zwei von 31

Dafür aber engagierte Personalvertreter, die eure Belange gegenüber der Politik und der Verwaltung vertreten und die ihr mit eurer Stimme bei den Personalratswahlen zusammengestellt habt. Insgesamt umfasst der HPR 31 gewählte Kolleginnen und Kollegen aus den unterschiedlichen Bereichen wie u. a. Kita, Schulen, Justiz, Feuerwehr und Polizei, die über die verschiedenen Gewerk-

schaften, Berufsverbänden und freien Listen als Mitglied gewählt wurden. Diese kommen aus dem Beamten- und Angestelltenbereich und teilen sich gemäß der Verteilung im öffentlichen Dienst auf. So sind wir summa summarum 18 Angestellte und 13 Beamte. Aus diesem Kreis wurde ein 15-köpfiger Vorstand gebildet, um die alltäglichen Geschäfte zu führen. Geschäftsführung bedeutet hier vor allem, Verhandlungen mit den Behördenvertretern zu führen, eure Interessen vor der Einigungsstelle zu vertreten und natürlich die Sitzungen des Hauptpersonalrats und damit die Entscheidungen vorzubereiten. Da sich dahinter enorme Aktenberge, Besprechungen und Telefonate sowie zur Pandemiezeit Unmengen an Telefonkonferenzen verbergen, sind von den 15 Vorstandsmitgliedern zehn Kolleginnen und Kollegen vom Dienst freigestellt. Zu diesen gehören aus dem Kreis der Berliner Polizei wir. Im gesamten Gremium bekommen wir noch GdP-Unterstützung von unserem Landeschef Norbert Cioma und Vorstandsmitglied Beatrice Hsu. Es wäre fatal zu denken, dass wir uns im HPR allein um die Belange der Berliner Polizei kümmern. Hinzu

kommen als eigenes Aufgabengebiet oder in Vertretung noch die Themen der Justiz, der Staatlichen Münze, des LABO, des LEA und der einzelnen Bezirke. Selbstverständlich haben wir auch ein Auge auf die Interessen der Feuerwehr. Dass in erster Linie bei Einzelpersonalangelegenheiten eure örtlichen Personalräte fungieren, ist klar. Doch je mehr Betroffene, je mehr Dienststellen es gibt, desto näher rückt es in unseren Verantwortungsbereich. Wir sind dann faktisch die Beteiligungsstufe, wenn der Gesamtpersonalrat der Polizei bereits hinzugezogen wurde.

Was machen wir eigentlich?

Wir sind immer dann gefragt, wenn Angelegenheiten zu regeln sind, die mehrere, also mindestens zwei Behörden betreffen. Das beste Beispiel ist die Dienstvereinbarung über die flexible Arbeitszeit (DV Flex), die in allen Bereichen die Arbeitszeit regelt, wo klassischer Bürodienst geleistet wird. Weitere Beispiele sind die Rahmendienstvereinbarungen Gesundheit, mobile Arbeit oder LADG. Einen breiten Raum nehmen in der Zwischenzeit die unzähligen IT-Verfahren ein, die die Verwaltung benötigt, um die moderne Verwaltung zu werden, die unsere Stadt verdient. Bei solchen Verfahren sind unzählige Voraussetzungen zu prüfen. Über ein Programm darf keine individuelle Leistungskontrolle stattfinden und die Anforderungen an den Datenschutz sind hoch. Hierbei sind die weltweiten Standorte der Server bei Cloudnutzung ein Thema. Weniger abstrakt und somit greifbarer sind Digitalfunk, Bodycam oder die Geräte zur digitalen Anzeigenerstattung zum Beispiel bei den Ordnungsämtern. Darüber hinaus sind wir im Stufenverfahren die „letzte Instanz“ zur Anrufung der Einigungsstelle. Das kommt nicht selten in Fällen von Regress, Entlassungen oder in Fällen der Eingruppierung vor. Außerdem landen hier auch strittige Dienst- und oder Arbeitszeitmodelle. Das sind Themen und Probleme, die jeden von uns interessieren, jedem passieren können und bei denen wir euch jederzeit mit Rat und Tat zur Seite stehen. Allerdings hoffen wir, dass sie möglichst selten eintreten. ■



Liebe Kolleginnen und Kollegen,

die Wahlen liegen mittlerweile ein paar Monate hinter uns. So langsam hat man sich gefunden, in der neuen Position, der neuen Verantwortung. Sowohl unsere beiden HPR-Vorstandsmitglieder als auch unsere neue Gesamtfrauenvertreterin erzählen in dieser Ausgabe mal, was ihre tägliche

Arbeit ausmacht. Das erzählt uns auch Gastautor Ahmad Mansour, den ich persönlich kennen- und schätzen gelernt habe. Das war mir beim großen Gewerkschafter und früheren Polizeipräsidenten Klaus Hübner leider vergönnt.

Viel Spaß beim Lesen!

Benjamin Jendro, Landesredakteur

Hurra! Wir leben noch!

Dieser Song von Klaus Doldinger und Thomas Woitkewitsch, gesungen von Milva 1983 passt auch in unser Heute. Damit das „Hurra“ für möglichst viele von uns noch möglichst lange so bleibt, halten wir, die Senioren der GdP, uns natürlich auch an die pandemiebedingten Regeln.

Rita Grätz

Landesseniorenvorsitzende

Das bedeutet für die Seniorenarbeit: Politisch kann das eine oder andere mit begleitet und wenn's gut läuft, auch gestaltet werden – der Digitalisierung sei Dank! Persönliche Treffen müssen aber sicher noch ein Weilchen ausfallen. Dazu gehört zu un-

serem großen Bedauern leider auch die vom Landesseniorenvorstand organisierte Tagesveranstaltung „Vorbereitung auf den Ruhestand“.

Dieses traditionelle Seminar fand in den letzten Jahren stets großen Anklang bei un-



Foto: Pixabay

seren Mitgliedern. Das letzte im Jahr 2019 stattgefundenen Tagesseminar wurde mit 105 Teilnehmern im Alwin-Brandes-Saal der IG Metall durchgeführt.

Um euch aber nicht ganz ohne Informationen zu lassen, werden wir im Frühjahr alle anschreiben, die altersgemäß in Ruhestandsnähe sind – Rente bzw. Pension – und sie mit Infos zu den auf sie zukommenden Themen versorgen. Es wird auch ein Flyer dabei sein, in dem ihr Ansprechpartnerinnen und -partner in euren Bezirksgruppen bzw. Seniorengruppen findet.

Dem geübten PC-User empfehlen wir jetzt schon, sich auf unserer Homepage mit den Mitgliedsdaten einzuloggen. Danach stehen im Mitgliederbereich des Bundes seniorenvorstandes die sehr informativen Broschüren „APS-Vorsorge“ und „Vorbereitung auf den Ruhestand“ zur Verfügung.

Wir warten mit euch geduldig und so fröhlich wie möglich auf das Ende der pandemiebedingten Einschränkungen und freuen uns, ganz viele von euch bei den dann wieder stattfindenden Aktivitäten begrüßen zu können.

Hurra, wir leben noch!

Anzeige

Ein starkes Team für die Polizei!



**Gewerkschaft
der Polizei**

PVAG Die Polizeiversicherung der
GdP + SIGNAL IDUNA Gruppe

Im Einsatz für alle, die immer im Einsatz sind –

Die **PVAG Polizeiversicherungs-AG**: Die PVAG, das Gemeinschaftsunternehmen der GdP und SIGNAL IDUNA Gruppe, bietet allen Polizeibeschäftigten speziell auf dienstliche und auch private Belange zugeschnittene Absicherung und Vorsorge.

GdP und PVAG – Ein starkes Team im Einsatz für Sie. Informieren Sie sich jetzt!

Steffen Kroll, Bezirksdirektion der SIGNAL IDUNA

Poschinger Straße 25, 12157 Berlin

Telefon 030 55 48 93 23, Mobil 0177 792 9400

steffen.kroll@signal-iduna.net

Hier findest du uns
im Social Media



DEINE GDP INFORMIERT

Noch keine 100 Tage im Amt, aber schon voller Tatendrang

Ehrlicherweise bin ich immer noch total baff. Am 15. Dezember 2020 bin ich zur neuen Gesamtfrauenvertreterin der Berliner Polizei gewählt worden. Dafür möchte ich von ganzem Herzen Danke sagen. Ohne eure Unterstützung und die meiner GdP hätte ich das nicht geschafft. Auch deshalb möchte ich euch einen ersten kleinen Einblick geben, was ihr da angerichtet habt.

Sibylle Krause

Gesamtfrauenvertreterin

Ich bin noch keine 100 Tage im Amt, kann jetzt aber schon sagen, dass es eine mehr als ausfüllende, aber auch spannende Aufgabe ist. Viele von euch wissen sicher gar nicht, was eine Frauenvertreterin so alles für Aufgaben hat. Das Spektrum war mir bis dahin auch nicht präsent. Das Amt ist vielfältig und bedarf insbesondere am Anfang eine enge Vernetzung und viele Gespräche. Dass sich das in Zeiten von Corona mitunter schwierig gestaltet, weil es mitunter an den richtigen technischen Voraussetzungen fehlt, um beispielsweise an Videokonferenzen teilnehmen zu können, weiß jeder, der unsere Behörde kennt.

Meine Aufgaben als Gesamtfrauenvertreterin

Die Grundlage ist im Landesgleichstellungsgesetz geregelt (LGG). Der § 17 LGG besagt, dass die Frauenvertreterin bei allen sozialen, organisatorischen und personellen Maßnahmen sowie bei allen Vorlagen, Berichten und Stellungnahmen zu Fragen der Frauenförderung zu beteiligen ist. Im § 18 a LGG geht es um die Gesamtfrauenvertreterin (GFV) die immer dann zuständig ist, wenn die Zu-

ständigkeit keiner örtlichen Frauenvertreterin gegeben ist.

Was bedeutet das genau?

Ich nehme an gesamtbehördlichen Auswahlverfahren teil, bin zuständig für die Kolleginnen des mittleren, gehobenen und höheren Dienstes, sitze in Ausschüssen, wirke am Frauenförderplan mit, werde in Projektgruppen und Kampagnen mit einbezogen und bin bei Geschäftsanweisungen und Dienstvereinbarungen mit zu beteiligen. Es ist eine herausragende Position, aber ich stehe nicht über den örtlichen Frauenvertreterinnen. Wir sind vielmehr ein großes Team, dank dem wir unsere Themen auch aus den örtlichen Direktionen mit mehr Nachdruck bei unserer Polizeipräsidentin ansprechen und einbringen können. Deshalb wünsche ich mir auch eine intensive und konstruktive Zusammenarbeit mit den örtlichen Frauenvertreterinnen.

Meine Schwerpunkte

Ich möchte versuchen das, was euch beschäftigt, schneller aufzunehmen und



Foto: privat

es da ansprechen, wo Probleme nicht nur gehört, sondern auch angegangen werden können. Bitte nutzt mich als euer Sprachrohr und teilt mir mit, wo der Schuh drückt und wo wir ansetzen können und sollten, solange es nicht in die Zuständigkeit eurer örtlichen Frauenvertreterin fällt! Ich werde mich für gerechte Beförderungen von Frauen einsetzen, insbesondere auch bei den Frauen aus dem höheren Dienst. Zukünftig muss das transparenter ablaufen. Ein sinnvoller Baustein wäre hier ein Personalentwicklungskonzept für den höheren Dienst, welches ich intensiv anregen werden. Weiterhin ist es mir wichtig, das mobile Arbeiten, auch außerhalb der Pandemiezeit, auszubauen und den Kolleginnen und Kollegen dort bessere und flexiblere Möglichkeiten der Nutzung zu ermöglichen. Das sind nur zwei wesentliche Stützpfeiler, durch die wir unsere Position in der Polizei Berlin verbessern und endlich angemessen gestalten können – gleichberechtigt und mit Beachtung der Leistung, die wir täglich mitbringen. Bis wir da sind, ist noch viel zu tun. Aber ich bin bereit und hoffe, ihr seid es auch. ■

» Sprecher Jendro Ende Januar via Morgenpost

Es gibt Polizisten, die rauben, rechtswidrige Gewalt verüben und extremistisches Gedankengut an den Tag legen. Niemand aber sollte den Fehler machen und wegen dieser Taten Hunderttausende diffamieren, die sich tagtäglich in den Dienst der Menschen in unserem Land stellen. Umso wichtiger ist es, mit diesen Fällen transparent umzugehen und klarzumachen, dass in der Polizei kein Millimeter Platz für Kriminelle ist.



Foto: CandyPol Pictures

GASTBEITRAG

Warum wir für eine starke Demokratie eine starke Polizei brauchen

Der brutale Mord an George Floyd in den USA durch einen Polizisten hat im letzten Jahr weltweit zwei Themen auf die gesellschaftliche Bühne gehoben, die bisher zu wenig Beachtung bekommen hatten. Rassismus und Polizeigewalt. Auch in Deutschland wird aufgrund der Enthüllung von rassistischen Gruppenchats unter Polizisten über sogenanntes Racial Profiling und Vorwürfe von Polizeigewalt diskutiert. Verschiedene politische Lager machen sich diese Debatte zu nutzen. Anstatt jedoch zu reflektieren und zu einer Verbesserung der sachlichen Diskussion beizutragen, wird die Polizei dort zu einer homogenen Gruppe stilisiert und ihr pauschal Rassismus und Polizeigewalt vorgeworfen. Am meisten leiden dadurch jene, die einfach ihren Job machen wollen. Die Debatte auf ihrem Rücken zu führen ist einfach falsch. Ohne die tägliche Arbeit der deutschen Polizei sähe unsere Gesellschaft ganz anders aus.

Seit zehn Jahren arbeite ich mit der Polizeiakademie Berlin zusammen. In dieser Zeit lernte ich dieses Institut bestens kennen und habe die Stärken und Schwächen gesehen. Ich habe erfahren, wie heterogen und unterschiedlich Polizist*innen sind, wo die Herausforderungen liegen und wie komplex ihr Alltag ist. In meinem Kurs geht es um interkulturelle Kompetenz, um Identität, Rassismus, Kulturen, Radikalisierung und vieles mehr. Es kommen fast immer intensive Gespräche zustande, in denen die Schüler*innen von ihren Erfahrungen, von ihrem Wissen und Unwissen, von Konflikten und Herausforderungen im Job berichten. Eines dieser Themen war und ist Rassismus: Doch was ist eigentlich Rassismus?

Lebensnotwendig für Demokratie

Rassismus ist der Definition nach eine Gesinnung, bei der bestimmte Menschen aufgrund bestimmter Merkmale wie zum Beispiel der Hautfarbe oder Herkunft als „andersartige“

Gruppe kategorisiert und damit abgewertet werden. Dabei ist schon das Wort allein unsinnig, denn im biologischen Sinne gibt es nur eine Rasse: den Menschen selbst. Die Unterteilung in verschiedene Rassen ist also sozial und damit gesellschaftlich konstruiert. Trotzdem oder gerade deshalb ist die Debatte so notwendig, denn Rassismus ist real. Er ist da, er ist ernst und er lässt sich nicht (länger) ignorieren. Auch in Deutschland kommen die vielen Fälle des offensichtlichen und unterschweligen Rassismus zunehmend ans Licht und sie lösen zu Recht Debatten aus. Das ist lebensnotwendig für die Demokratie. Keinen anderen Ansatz im Kampf gegen Rassismus kann es geben als den, darüber zu sprechen und Haltung zu vermitteln.

Was die gesamte Rassismus-Debatte so schwierig macht und sie zuweilen auch so leicht instrumentalisieren lässt, ist jedoch ihre Komplexität. Im Namen der Toleranz kann eine Menge Intoleranz entstehen. Ein Beispiel: PoC (People of Color) berichten von ihren rassistischen Alltagserfahrungen. Das ist gut, richtig und sehr wichtig. Sie sollen gehört werden. Gleichzeitig erteilen einige PoC dann aber weißen Menschen Sprechverbote: Weil sie privilegiert seien, könnten sie eh nie nachvollziehen, was es bedeutet, wegen der Hautfarbe angestarrt oder ausgegrenzt zu werden. Geht es dabei tatsächlich um den Kampf gegen den Rassismus? Oder steckt dort vielleicht mehr dahinter, den eigenen Opferstatus festzuschreiben?

Auch Weiße kennen Rassismus. Niemand in dieser Gesellschaft ist unbetroffen davon. Der jeweilige Kontext spielt eine Rolle. Wenn ich als Weißer nach Afrika reise, dann werde auch ich angestarrt und erlebe abfällige Kommentare zu meiner Hautfarbe. Auch das ist Rassismus. Wenn mir ein Maulkorb verpasst wird, weil ich Betroffenen zufolge als Weißer gewisse durch Rassismus ausgelöste Gefühle gar nicht verstehen könne, ist auch das eine rassistische Pauschalisierung, die nicht ins Bild einer gesunden Debatte über strukturelle Ausgrenzung passt. Darum kann es doch nicht gehen.

Nun, Vertretern der sogenannten Identitätspolitik geht es aber genau darum. Hier wird von Weißen nur als Täter gesprochen. Genau diese einseitige Betrachtung führt dazu, dass Menschen aus dem notwendigen Diskurs ausgeschlossen werden. Und diese Einstellung führt im Wesentlichen dazu, dass sich unsere Gesellschaft radikalisiert. Identitätspolitik muss als eine politische Bewegung verstanden werden, die bestimmte Probleme innerhalb der Gesellschaft zum Teil instrumentalisiert, um gewisse Diskurse über Rassismus in eine falsche Richtung zu lenken. Sie betrachtet Minderheiten als eine homogene Gruppe, um Rassismus zu bekämpfen. Und genau das spielt den verschiedenen politischen Lagern wie den Links- und Rechtsradikalen in die Hände. Es wird eine Atmosphäre erschaffen, in der bestimmte Themen nicht angesprochen werden können.

Doch kein Dogma, kein Sprechverbot schafft Rassismus aus der Welt – nur der couragierte, offene und herrschaftsfreie Diskurs. Nur eine Veränderung auf der Verhaltensebene, durch Reflexion und Begegnung. Wird dies im Namen einer falschen Toleranz unterbunden, dann verliert der Begriff Toleranz seine Substanz.

Die andere Seite der Wahrheit

Auch über möglichen Rassismus innerhalb der Polizei wird immer wieder gesprochen. Natürlich gibt es auch in dieser Institution Fälle von Rassismus. Diesen Umstand darf man weder beschönigen noch bagatellisieren oder zur Seite schieben. Denn die Polizei hat das Gewaltmonopol in einer Demokratie und sie muss alles tun, um das Vertrauen in der Bevölkerung als „Freund und Helfer“ nicht zu verlieren. Deshalb müssen die Täter in einem demokratischen Rechtsstaat zur Rechenschaft gezogen werden. Und effiziente Präventionsmaßnahmen müssen aktiv dafür sorgen, dass es gar nicht erst zu solchen Fällen kommt.

Genau deshalb gilt es aber auch, die andere Seite der Wahrheit zu betrachten. In Deutsch-



Habt ihr Anmerkungen zur aktuellen Ausgabe oder Ideen für zukünftige Interviewpartner? Schreibt uns eine E-Mail an meinung@gdp-berlin.de!

land werden täglich knapp 20 Polizist*innen während ihrer Arbeit verletzt. Das muss man sich mal vor Augen führen: Jene, die uns beschützen, die zwei bis vier Jahre lang in der Ausbildung sind, miserabel bezahlt werden, in einem harten Schichtsystem arbeiten und täglich ihr Leben riskieren, werden selbst zu Gewaltopfern. Die Respektlosigkeit, die ihnen im Alltag entgegenschlägt, ist erschreckend. Das ist natürlich keine Rechtfertigung dafür, wenn wirklich Fehler passieren, vor allem nicht, wenn es um rassistische Fälle geht. Diese müssen dann natürlich aufgearbeitet werden und das werden sie. Glücklicherweise handelt es sich hierbei um Einzelfälle, die juristisch verfolgt werden. Strukturellen Rassismus kann ich bei der Polizei jedoch nicht finden. Es gibt keine Anweisungen, Regeln, Gesetze, die eine bestimmte Gruppe diskriminieren.

Trotzdem versuchen Linke, Rechte und Clankriminelle täglich, die Autorität der Polizei zu unterminieren, unterstellen Polizeigewalt und Rassismus. Dabei fehlt es diesen Lagern tatsächlich meist an fundierten Argumenten, ganz zu schweigen von konkreten Belegen. Der Grund für diese Negativhaltung liegt meiner Meinung nach ganz woanders: Die Polizei wird oftmals aus ideologischen Gründen attackiert. Die Menschen wollen die Polizei schwächen, den Rechtsstaat und damit auch die Demokratie. Das ist brandgefährlich. Und wenn zusätzlich noch die politischen Ränder am lautesten sind, während die vernünftige Mitte schweigt, verlieren wir unsere demokratische Basis. Nur mit Hinschauen, Reflexion und Engagement können wir etwas erreichen. Anders ist kein Kampf gegen Rassismus und Diskriminierung zu gewinnen.

Wie kann die Polizei in Zukunft noch stärker für Rechtsstaatlichkeit stehen?

In der Praxis ist das richtige Handeln oft knifflig. Nicht nur als Dozent an der Polizeiakademie in Berlin engagiere ich mich für interkulturelles Training. Das Hauptziel meiner Arbeit ist es, zu sensibilisieren, zu diskutieren und Wege aufzuzeigen, wie eine der Rechtsstaatlichkeit folgende Polizei sicher handelt. Oftmals ist es Verunsicherung im Umgang mit bestimmten Situationen, die zu falschem Handeln führt. Die Angst das Falsche zu tun darf nicht dominieren. Hier

Foto: Heike Steinweg



muss beim Verhaltenstraining auch Racial Profiling thematisiert werden. Natürlich dürfen reines Bauchgefühl und negative Erfahrungen in der Vergangenheit bei Kontrollen keine Rolle spielen, keine Frage. In der Realität bedeutet dies für die Polizist*innen trotzdem, sich mit folgenden Fragen auseinander setzen zu müssen: Wie können sie in einem Park eine Kontrolle durchführen, wenn sie wissen, dass die Dealer dort meist afrikanischer Herkunft sind? Wo liegt der Unterschied zwischen erfahrungsbasierenden Kontrollen und Racial Profiling? Wie sollte man auf einen Autofahrer reagieren, der angibt aufgrund seiner Kultur oder Religion nicht mit einer Polizistin kooperieren zu wollen? Bei diesen Fragen hat sich in den letzten Jahren ein großes Plus aufgetan, das bei herausfordernden Situationen helfen kann: Die Polizei ist ein Spiegelbild unserer Gesellschaft. Zusammengesetzt aus sehr unterschiedlichen Persönlichkeiten, Biografien und Religionen. Deutlich diversifizierter als noch vor einigen Jahren, hat sich die Polizei doch interkulturell massiv geöffnet. Umso wichtiger ist gleichzeitig aber auch ein gutes Auswahlverfahren der Polizist*innen. Frühzeitig müssen Menschen erkannt und aussortiert werden, die eine undemokratische Haltung vertreten. Die Kontrollinstanzen der Polizei müssen mit beiden Augen wach schauen.

Keine Institution, keine Behörde ist frei von Fehlern, auch die Polizei nicht. Auch die Beamt*innen sind am Ende nur Menschen. Trotzdem haben wir eine der besten Polizei-Institutionen der Welt, die entlang des Rechtsstaatlichkeitsprinzips arbeitet. Es geht darum, jedem Rassismus entschieden mit dem Grundgesetz entgegenzutreten. Nur so bildet sich das Vertrauen in die exekutive Gewalt heraus, nur so entsteht das Vertrauen in den Rechtsstaat und damit auch in unsere Freiheit. Das ist, was unsere Demokratie am Ende am meisten stärken wird. ■

Zum Autor

Ahmad Mansour, Buchautor von „Solidarisch sein – gegen Rassismus, Antisemitismus und Hass“. Zusammen mit der Mansour-Initiative Mind-Prevention führt er seit letztem Jahr das Projekt „Stark gegen Antisemitismus“ durch. Gefördert von der Hertie-Stiftung, hat es den Auftrag, bundesweit Workshops und Veranstaltungen mit Polizeibeamten durchzuführen, um mit ihnen über Alltagsantisemitismus, dessen modernen Erscheinungsformen und Relevanz für die alltägliche Polizeiarbeit zu sprechen.



Interesse an den Aktivitäten unserer Seniorengruppen?

Alle Themen, Ansprechpartner und Veranstaltungen findest du unter https://www.gdp.de/gdp/gdpber.nsf/id/DE_Landesseniorengruppe



Damals war's – erinnern erlaubt

Zeit für was Neues – haben wir uns gedacht! Warum nicht mal ein Spaziergang auf dem Pfad unserer ganz persönlichen Erinnerungen! Wenn sich die dann mit Erinnerungen von anderen verknüpfen, umso besser. Deshalb hat unsere Landesseniorengruppe etwas überlegt – kleine Kiezspaziergänge, die in die Vergangenheit derjenigen führen, die zu dem Spaziergang einladen. Bereits im letzten Oktober erfolgte der erste Probelauf – Fazit: Es lohnt sich!

Rita Grätz, Landessenorenvorsitzende

Wir, die ersten neugierigen Versuchskaninchen, haben uns am 13. Oktober 2020 an dem Wohnhaus in der Rognitzstraße in Charlottenburg getroffen, in dem ich mei-

ne ersten zehn Lebensjahre verbrachte. Sofort waren die Erinnerungen da? Was gibt's noch, was ist nicht mehr da, was gibt's Neues? Von dort ging's weiter über Fredericiastraße und Königin-Elisabeth-Straße zum Kaiserdamm und von dort zum Lietzenpark, einem häufigen Ziel der familiären Sonntagsspaziergänge.

Natürlich haben wir neben unseren Lebenserinnerungen auch unser Wissen zu den Sehenswürdigkeiten zusammengetragen. Am Haus in der Kuno-Fischer-Straße 8 direkt am Lietzensee gab es viele polizeigeprägte Erinnerungen. Der Star des Tages war der wunderschöne Park. Dass dieser durch das strahlende Herbstwetter, man kann auch sagen Kaiserwetter, in das richtige Licht gerückt wurde, sei nicht unerwähnt.

Unser Plan ist gut aufgegangen. Wir haben uns in einer kleineren Gruppe draußen bewegt, uns mit anderen ausgetauscht und unseren Erinnerungen freien Lauf gelassen, was auch den einen oder anderen neuen Blickwinkel entstehen ließ.

Die Reihe wird fortgeführt. Die zukünftigen Termine werden über unsere GdP-Internetseite und über eure Seniorengruppen bekanntgegeben. Die Gruppe sollten nicht viel größer als zehn Personen sein. Kleiner geht natürlich auch, was das Ganze dann noch tauglicher in Zeiten von Corona macht.

Anzeige

MEDIRENTA
CLASSIC

Beihilfe – leicht gemacht!

Als aktiver Polizist sind Sie täglich gefordert im Einsatz für Ihre Mitbürger. Mit unserem **Komplett-Service** nehmen wir Ihnen und **Ihren Angehörigen** alle Abrechnungs-Sorgen rund um Ihre Kranken- und Pflegekosten ab. Kompetenz und Erfahrung als Beihilfeberater und gerichtlich zugelassener Rechtsdienstleister seit rund 40 Jahren: **Medirenta!**



Informieren Sie sich! **030 / 27 00 00** www.medirenta.de

Neugierig geworden?

Wenn ihr auch einmal eure persönlichen Erinnerungskieze vorstellen wollt, dann meldet euch bei den Seniorenvorsitzenden eurer Bezirksgruppen oder bei mir, macht einen Terminvorschlag und wir veröffentlichen das!

Meine E-Mail-Adresse jumi52@gmx.de

Die Kontakte zu euren Seniorengruppenvorsitzenden findet ihr auf unserer Internetseite.

Bleibt gesund!



REDAKTIONSSCHLUSS



für unsere April-Ausgabe, auch für Veranstaltungen, ist der 5. März 2021.
Euer Landesredakteur



Veranstaltungen

Seniorengruppen

LKA

Hinweis: Bis auf Weiteres entfallen coronabedingt die Treffen und Veranstaltungen der Seniorengruppe.

Kontakt: Jürgen Heimann, Tel.: (030) 7217547 oder Marianne Fuhrmann, Tel.: (030) 7451353.

PA

Wann: Dienstag, 30. März, 16 Uhr.

Wo: Marjan Grill, Flensburger Straße/Ecke Bartningallee, 10557 Berlin.

LABO

Die junge Seniorengruppe trifft sich:

Wann: Mittwoch, 10. März – entfällt.

Wann: Mittwoch, 14. April, 15 Uhr.

Wo: Je nach Wetterlage im Gartenlokal.

Wann: Mittwoch, 12. Mai, 15 Uhr.

Info: Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes.

Wo: Die Örtlichkeiten werden zeitnah bekannt gegeben. Sollte es wetterbedingt

nicht möglich sein, erfolgen die Wahlen am 9. Juni 2021. Hierzu sind alle Vor- und Ruheständler sowie unsere Bezirksgruppe recht herzlich eingeladen.

Landesfrauengruppe

Wann: Mittwoch, 31. März, 16-18 Uhr.

Wo: GdP-Geschäftsstelle, Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin.

AKTUELLE MITGLIEDSBEITRÄGE

Besoldungsgruppe	Entgeltgruppe	Beitragsgruppe EDV	Beamte (01.04.2021)*	Tarif-Beschäftigte (01.01.2021)*	Pensionäre (01.04.2021)*	Rentner (01.07.2020)*	Hinterbliebene Pensionäre (01.04.2021)*	Hinterbliebene Rentner (01.07.2020)*
Sonderbeitrag		22	5,00 €	5,00 €	3,50 €	3,63 €	2,00 €	2,07 €
Anwärter m.D./g.D.		27	2,00 €	---	---	---	---	---
Mindestbeitrag		30	9,43 €	10,11 €	6,61 €	6,53 €	3,80 €	3,73 €
A 1	2	31	11,36 €	11,87 €	7,93 €	7,75 €	4,54 €	4,44 €
A 2	2Ü	32	12,25 €	12,80 €	8,55 €	8,36 €	4,92 €	4,77 €
A 3	3	33	12,98 €	13,53 €	9,09 €	8,87 €	5,19 €	5,07 €
A 4	4	34	13,35 €	13,89 €	9,35 €	9,13 €	5,34 €	5,22 €
A 5	5	35	13,80 €	14,34 €	9,67 €	9,43 €	5,50 €	5,37 €
A 6	6/7	36	14,23 €	14,80 €	9,98 €	9,73 €	5,69 €	5,58 €
A 7	8	37	15,19 €	15,77 €	10,62 €	10,39 €	6,08 €	5,94 €
A 8		38	15,79 €	16,38 €	11,06 €	10,82 €	6,32 €	6,16 €
A 9	9	39	17,48 €	18,08 €	12,24 €	11,96 €	7,00 €	6,82 €
A 9 AZ	10	40	18,44 €	19,03 €	12,93 €	12,63 €	7,38 €	7,20 €
A 10	11	41	19,10 €	19,71 €	13,37 €	13,09 €	7,64 €	7,47 €
A 11	12	42	22,00 €	22,62 €	15,39 €	15,04 €	8,80 €	8,61 €
A 12	13	43	23,81 €	24,45 €	16,68 €	16,29 €	9,54 €	9,32 €
A 13	14	44	26,78 €	27,44 €	18,74 €	18,35 €	10,70 €	10,45 €
A 14	15	45	27,57 €	28,26 €	19,32 €	18,91 €	11,05 €	10,80 €
A 15	15Ü	46	30,97 €	30,72 €	21,68 €	21,21 €	12,39 €	12,08 €
A 16		47	34,31 €	---	24,02 €	---	13,71 €	---
B 2 – B 4		48	39,53 €	---	27,64 €	---	15,82 €	---
B 5 – B 7		49	44,91 €	---	31,44 €	---	17,98 €	---

DP – Deutsche Polizei
 Berlin

Geschäftsstelle
 Kurfürstenstraße 112, 10787 Berlin
 Telefon (030) 210004-0
 Telefax (030) 210004-29
 gdp-berlin@gdp-online.de
 www.gdp-berlin.de
 Adress- und Mitgliederverwaltung:
 Zuständig sind die jeweiligen
 Geschäftsstellen der Landesbezirke

Redaktion
 Benjamin Jendro (V.i.S.d.P.)
 Telefon (030) 210004-13
 jendro@gdp-berlin.de

Konten
 Commerzbank
 IBAN: DE69 3004 0000 0634 3073 00



Foto: CandyPhotPictures

» GdP-Landeschef Norbert Cioma

Klaus Hübner hat die Polizei verlassen, Jahre bevor ich ein Teil von ihr wurde. Es wäre falsch, mir anzumaßen, über ihn als Mensch oder seine Leistungen als Gewerkschafter und Polizeipräsident sprechen zu können. Doch es steht außer Frage, dass er die Berliner Polizei geprägt hat und einen großen Anteil daran trägt, dass sie heute eine bürgerfreundliche und demokratische Hauptstadtpolizei ist.

NACHRUF ZU KLAUS HÜBNER

„Eine Straßenschlacht, die die Polizei gewinnt, hat die Demokratie verloren“

Es sind solche Sätze, die einen Menschen am Leben halten, auch wenn er von uns gegangen ist. Solche Sätze, die die Zeit überdauern und dafür sorgen, dass Menschen wie Klaus Hübner in unserer Erinnerung bleiben. Ende Januar ist der frühere Polizeipräsident Berlins und ein Gründungsmitglied unserer Gewerkschaft der Polizei im Alter von 96 verstorben. Er hinterlässt eine Frau, drei Kinder und jede Menge Weggefährten.

Burkhard von Walsleben, Ehrenvorsitzender Berlin

Wir trauern um einen vorbildlichen und stets geradlinigen Mann, der nicht nur als erster Geschäftsführer unserer GdP in Berlin, sondern auch als Polizeipräsident von 1969 bis 1987 große Fußstapfen hinterlassen hat. Er hat die Berliner Polizei wie kein anderer reformiert und demokratisiert.

Geboren 1924 im „Roten Wedding“ wächst er nach dem frühen Tod seines Vaters als Schlüsselskind seiner alleinstehenden Mutter auf. Es ist eine umtriebige Zeit, in der die Weltwirtschaftskrise auch im Berlin der 1920er-Jahre ihre Auswirkungen zeigt. Nach Lehrjahren und Tätigkeit als Versicherungskaufmann durchläuft er eine Pilotenausbildung und kommt bei der Luftwaffe zum Einsatz. Nach Kriegsende arbeitet Klaus Hübner als Bau- und Transportarbeiter, ehe er 1949 zur West-Berliner Polizei geht. Er leistet Posten- und Streifendienst in seinem Weddingener Kiez und gerät schon hier immer wieder mit „kommissköpfigen“ Vorgesetzten aneinander, weil sie „Untergebene“ schlecht behandeln. Klaus Hübner ist einer, der sich früh für andere einsetzt. Folgerichtig agiert er ab 1951 als Betriebsrat und hauptamtlicher Gewerkschaftssekretär in der GdP. Für diese zieht es ihn zwei Jahre später nach Düsseldorf, wo er als erster Bundesgeschäftsführer auch unsere Gewerkschaft auf Jahre prägen sollte. Fast zeitgleich erfolgt der Eintritt in die SPD. Es passt zu seiner Geradlinigkeit, dass er die Partei 2002 verlässt, als diese in Berlin in eine Koalition mit den Linken geht. Hübner – ein Mann des Austauschs, aber einer mit klaren Prinzipien. In der Düsseldorfer Zeit tritt Waltraud in sein Le-

ben. 1958 heiratet er in zweiter Ehe die damals 19-Jährige. Sie wird ihm bei allen Ämtern, die er bekleidet, den „häuslichen Rücken freihalten“ und die Berliner Polizei anlässlich gesellschaftlicher Anlässe stets mitrepräsentieren, bis zu seinem Tod nicht von seiner Seite weichen. Bevor es die Hübners zurück nach Berlin treibt, zieht er im Mai 1965 in den Bundestag ein, macht sich dort im Innenausschuss einen Namen. In diese Zeit fällt seine wohl legendärste Rede. Am 9. Mai 1968 spricht der Gewerkschafter auf dem GdP-Delegiertentag. Er redet unter dem Titel „Gesellschaft in Bewegung“ über die Situation und die Erfordernisse der Zeit derart beeindruckend, dass der spätere Bundeskanzler Helmut Schmidt die Rede vervielfältigen lässt. Zu Beginn 1969 legt er sein Mandat nieder und wird in Berlin auf Vorschlag von Innenminister Kurt Neubauer durch das Abgeordnetenhaus zum Polizeipräsidenten gewählt.

„Das Amt des Berliner Polizeipräsidenten betrachte ich in erster Linie als politisches Amt“

Er übernimmt eine Polizei, die vielfach noch in militärischen Strukturen verkrustet ist, und nimmt die Mitarbeitenden in die Verantwortung. Nach dem Prinzip „Abschöpfung der Gewalt durch Gespräche“ unterzieht er die West-Berliner Polizei von 1974 bis 1976 einer Polizeireform, die Althergebrachtes durch innovative Ansätze auf den Kopf stellt und den Grundstein für unsere heutige bürgerfreundliche Hauptstadtpolizei legt. Es ist auch sein Verdienst, dass Eskalationen zwischen Demonstranten und Polizei weitgehend abgebaut wurden, auch wenn die Berliner Linie erst Jahrzehnte später so richtig zur Geltung kommen sollte. Es zeugt von Größe, dass er 1987 selbst auf seine Abwahl durch das Abgeordnetenhaus pocht, weil das Verhältnis zum damaligen Innensenator zu stark lädiert war. Bis dahin aber hinterlässt er große Spuren, von denen wir noch heute zehren. Hübner formt aus den einzelnen Polizeirevieren insgesamt 31 Polizeiabschnitte in fünf örtlichen Direktionen, definiert 756 Kontaktbereiche mit zu Fuß streifenden Beamten als Ansprechpartner und schließt



Foto: privat

Schutz- und Kriminalpolizei unter einheitlicher Führung zusammen. Er zentralisiert die Ausbildung, schafft die zweigeteilte Laufbahn bei der Kripo und ermöglicht dienstälteren Schupos den Aufstieg in den gehobenen Dienst. Zudem dreht er ein paar Stellschrauben in Sachen Gleichberechtigung. Frauen konnten sich fortan für alle K-Dienstzweige bewerben und in der Schutzpolizei, zunächst als Politessen, später vollständig eingestellt werden

„Mir ist egal, was jemand für Haare auf dem Kopf hat. Entscheidend ist, was er im Kopf hat.“

Persönlich durfte ich ihn als jungen Landesvorsitzenden als meinen ersten Verhandlungspartner kennen- und schätzen lernen. Klaus Hübner war in der Sache stets fair, aber hart. Einen Bonus als GdP-Vorsitzender hatte ich trotz gewerkschaftlicher Verbundenheit nie. Das Du bot er mir erst als Pensionär auf einer privaten Feier an. Seine liberale Auslegung des bestehenden Haarerlasses fasst aber gut zusammen, was Klaus Hübner für ein Mensch war – ein führungsstarker Polizeipräsident, ein engagierter Gewerkschafter und ein herausragendes Vorbild für uns alle. ■

Klaus Hübner – Im Einsatz für andere
 – Gründungsmitglied des „Weißen Rings“
 – Träger der Ernst-Reuter-Plakette
 – Mitglied des Fördervereins Polizeihistorische Sammlung Berlin